

Antrag

A3 BDKJ gegen rechts – Aus christlicher Überzeugung gegen Faschismus und für Demokratie!

Antragsteller*in: KjG
Status: Modifiziert

Antragstext

1 Situationsbeschreibung

2 Extrem rechte und populistische Positionen und Handlungen kennzeichnet ihr Hass
3 auf bestimmte Personengruppen und deren bewusste Ungleichbehandlung. Zu den
4 betroffenen Gruppen gehören beispielsweise (aber nicht ausschließlich) Menschen
5 mit internationaler Familiengeschichte, Frauen, queere Menschen, jüdische
6 Menschen und Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen. Rechte
7 Akteur*innen aus besonders christlich geprägten Kulturräumen sind zudem häufig
8 feindlich gegenüber Muslim*innen eingestellt.

9 Bedrohlich ist zudem, dass die extreme Rechte gezielt versucht, demokratische
10 Strukturen und Institutionen zu zerstören. Dies beinhaltet unter anderem
11 vermeintlich harmlose Demonstrationen, ebenso wie die Lähmung parlamentarischer
12 Arbeit oder die Ablehnung des Rechtsstaates und zeigt sich am deutlichsten in
13 der Planung gewaltvoller Umstürze mit Anschlägen auf gewählte Vertretungen und
14 marginalisierte Gruppen.

15 Besorgniserregend ist, dass diese Strategien Wirkung entfalten und sich im
16 Erstarken faschistischer Kräfte in Europa und weltweit zeigen.

17 Menschenfeindliche Positionen werden gesellschaftsfähiger, Personen und
18 Gruppierungen in Legislative, Exekutive und Judikative vertreten vermehrt extrem
19 rechte und populistische Ideologien.

20 Positionierung

21 Als christliche Jugendverbände stellen wir uns konsequent gegen extrem rechte
22 und populistische Positionen und Handlungen und setzen uns für eine vielfältige
23 und demokratische Gesellschaft ein. Die Unterstützung von demokratischen
24 Verfahren wie die Beteiligung an Wahlen ist für uns selbstverständlich.

25 Wir lehnen jede Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ab und fördern in
26 unserer Arbeit explizit marginalisierte Gruppen. Wir positionieren uns klar
27 gegen Demokratiefeindlichkeit und Autoritarismus und bekennen uns zur Wahrung
28 der Menschenrechte weltweit.

29 Wir verstehen uns als antifaschistisch: Wir stehen für eine demokratische,
30 gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft und Kirche ein und wenden uns
31 gegen jede Art der Ausgrenzung und Unterdrückung von Menschen. Diese
32 Grundhaltung geht einher mit unserem christlichen Glauben, aus dem heraus wir
33 alle Menschen als Gottes Ebenbilder betrachten, sowie mit unserer demokratischen

34 Grundüberzeugung, die die gleichberechtigte Teilhabe aller sowie die
35 unveräußerliche Würde des Menschen beinhaltet.

36 Zu dieser antifaschistischen Grundhaltung hat sich die Hauptversammlung 2022
37 innerhalb des Grundsatzprogramms des BDKJ bekannt.

38 **Konsequenzen für die Arbeit des BDKJ**

39 • **Position beziehen**

40 Wir beobachten rechte Vorfälle deutschland- und weltweit. Wir beziehen
41 öffentlich klar Position gegen derartige Vorfälle, solidarisieren uns mit
42 den Betroffenen und setzen uns nachdrücklich für Aufklärung und
43 Aufarbeitung ein. Wir nutzen unsere Kontakte, um auf die eindeutige
44 Abgrenzung von rechten Akteur*innen hinzuwirken. Hierzu haben wir bereits
45 Beschlüsse gefasst, die wir an dieser Stelle noch einmal bekräftigen.[\[1\]](#)

46 • **Bildungsarbeit**

47 Die BDKJ Bundesebene gestaltet ein Bildungsangebot für die Jugend- und
48 Mitgliedsverbände mit der Zielrichtung der praktischen Umsetzung dieser
49 antifaschistischen Grundhaltung.

50 • **Vernetzung**

51 Um das Thema Antifaschismus in allen Jugend- und Mitgliedverbänden weiter
52 auszugestalten, schafft die BDKJ Bundesebene ein Vernetzungsangebot, bei
53 dem good practice Beispiele vorgestellt und durch die Expertise der
54 anderen erweitert werden kann. Zudem vernetzt sich der BDKJ Vorstand mit
55 anderen antifaschistischen Organisationen und Gruppierungen, um eine
56 größere Schlagkraft zu entwickeln. Innerhalb dieser unterstützen wir
57 Projekte, die unsere demokratische Gesellschaft unterstützen, z.B. die
58 U18/ U16-Wahlen des DBJR.

59 • **Wir wählen! NICHT die AfD**

60 Mit der AfD ist eine rechtsextreme Partei einflussreich in der Politik
61 vertreten. Für uns ist die Wahl oder Unterstützung dieser Partei nicht
62 vereinbar mit unserer antifaschistischen Grundüberzeugung als katholische
63 Jugendverbandler*innen. Die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Partei
64 wie der AfD sowie in ihr nahestehenden oder anderen rechtsextremen
65 Organisationen ist mit der Mitgliedschaft in unseren Verbänden
66 unvereinbar.

67 **Forderungen an die Politik**

68 Um unsere pluralistische und freiheitlich-demokratische Gesellschaft zu schützen
69 und gegen Angriffe von rechts zu verteidigen, fordern wir von der Politik:

70 • **keine Finanzierung extrem rechter Parteien und Stiftungen**

71 Parteien und Stiftungen, die diskriminierende und demokratiefeindliche
72 Grundüberzeugungen vertreten, dürfen nicht mit staatlichen Mitteln
73 unterstützt werden. Das im Grundgesetz verankerte Prinzip der wehrhaften
74 Demokratie muss umfassend genutzt werden, um unsere Demokratie gegen ihre
75 Feind*innen zu schützen. Wir fordern die demokratischen Parteien auf, sich
76 dafür einzusetzen, die staatlichen Zuwendungen an extrem rechte Parteien

77 und Stiftungen zu begrenzen und einzustellen. Deshalb begrüßen wir das
78 entsprechende Gesetz, das die Förderung von politischen Stiftungen an die
79 Verfassungstreue knüpft.

80 • **umfassende Aufarbeitung von strukturellem Rassismus und Polizeigewalt**

81 In mehreren wissenschaftlichen Arbeiten konnte nachgewiesen werden, dass
82 in staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen struktureller
83 Rassismus existiert. Dieser führt zu alltäglicher Diskriminierung, zum
84 Beispiel von migrantisch gelesenen Menschen. Aus diesem Grund kommt es
85 immer wieder auch zu gewaltsamen Übergriffen durch Polizist*innen. Wir
86 solidarisieren uns mit den Betroffenen von strukturellem Rassismus und
87 Polizeigewalt. Wir fordern eine umfassende Aufarbeitung dieser Strukturen
88 und Vorfälle.

89 • **konsequente Verfolgung rechter Übergriffe und Gewalttaten**

90 Mit großer Sorge nehmen wir die steigenden Zahlen extrem rechter
91 Übergriffe und Gewalttaten wahr. Ihnen liegen unterschiedliche
92 Motivationen zugrunde (Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit,
93 Antifeminismus etc.). Die Vorfälle haben jedoch eine Gemeinsamkeit: Sie
94 treffen Minderheiten, die wir als Gesellschaft besser schützen müssen. Wir
95 fordern daher, diese Übergriffe und Gewalttaten, auch im Internet,
96 konsequent zu verfolgen und ihnen präventiv entgegenzuwirken. Dazu gehört
97 auch, sie nicht als Einzelfälle abzutun.

98 • **Verstetigung der Finanzierung von Projekten zur Demokratieförderung**

99 Es gibt viele gute zivilgesellschaftliche Projekte zur
100 Demokratieförderung. Häufig stehen diese jedoch auf einer prekären
101 finanziellen Grundlage und bekommen lediglich zeitlich befristete
102 Projektfinanzierungen. Wir fordern, die Finanzierung dieser Projekte auf
103 eine solide und langfristige Basis zu stellen. Dafür muss das von der
104 Bundesregierung geplante Demokratiefördergesetz zügig beschlossen und
105 umgesetzt werden. Auf eine „Extremismusklausel“, die die Projekte unter
106 Generalverdacht stellt, muss dabei verzichtet werden.

107 • **Zurückdrängen extrem rechter und populistischer Positionen**

108 Extrem rechte und populistische Positionen verbreiten sich zunehmend in
109 der politischen Debatte. Beispiele dafür sind die Auseinandersetzung um
110 die europäische Abschottungspolitik gegen Migrant*innen oder Angriffe auf
111 queere Lebenswelten. Wir fordern alle politischen Parteien auf, sich aktiv
112 dafür einzusetzen, extreme und populistische Positionen aus ihren eigenen
113 Strukturen und aus der Politik insgesamt zurückzudrängen.

114 • **Ende der Kriminalisierung von gewaltfrei agierenden Antifaschist*innen**

115 Wir nehmen wahr, dass die Repressionen gegenüber gewaltfreiem,
116 antifaschistischem Aktivismus durch staatliche Institutionen deutlich
117 zunehmen. Dies trägt maßgeblich dazu bei, dass Menschen durch
118 Einschüchterung daran gehindert werden, ihre antifaschistische
119 Grundhaltung klar zu benennen und aktiv zu werden. Wir fordern ein Ende
120 von Repressionen gegenüber gewaltfrei agierenden Aktivist*innen und
121 gegenüber deren Vernetzung. Es muss gefahrlose Möglichkeiten geben,

122 weiterhin unsere Demokratie durch zivilgesellschaftliches Engagement zu
123 schützen.

124 **Forderungen an die katholische Kirche**

125 Als katholischer Jugendverband fordern wir von der katholischen Kirche:

126 • **Reform und Aufarbeitung**

127 Die Strukturen der katholischen Kirche weisen zahlreiche diskriminierende
128 Bestandteile auf, insbesondere im Hinblick auf Frauen- und
129 Queerfeindlichkeit, aber auch im Hinblick auf strukturellen Rassismus,
130 Antisemitismus und Antijudaismus. Wir fordern die Verantwortlichen in der
131 Kirche auf, gegen diese Strukturen vorzugehen und sie zu reformieren.
132 Darüber hinaus muss bereits geschehenes Unrecht, auch aus dem Kontext der
133 kolonialistischen Missionsarbeit, aufgearbeitet werden.

134 • **Stellung beziehen als moralische Instanz**

135 Die katholische Kirche hat als moralische Instanz einen großen Einfluss
136 auf ihre Mitglieder und in die Gesellschaft und Politik hinein. Wir
137 fordern die Verantwortlichen in der Kirche auf, aus der christlichen
138 Überzeugung heraus immer wieder klar Stellung gegen die extreme Rechte zu
139 beziehen.

140 • **Distanzierung von Demonstrationen und Veranstaltungen, bei denen extrem rechte Aktivist*innen involviert sind**

141 Immer wieder nutzen extrem rechte Aktivist*innen Demonstrationen und
142 Veranstaltungen, um in weiteren gesellschaftlichen Kreisen anschlussfähig
143 zu werden. Dies geschieht auch bei religiös motivierten Veranstaltungen,
144 wie z.B. dem sogenannten „Marsch fürs Leben“. Wir fordern von den
145 Verantwortlichen in der Kirche, sich klar von Demonstrationen und
146 Veranstaltungen zu distanzieren, bei denen extrem rechte Aktivist*innen
147 beteiligt sind oder ohne Widerstand der Organisator*innen teilnehmen
148 können. Hier gilt es deutlich zu machen, dass der christliche Glaube nicht
149 für die Verbreitung rechter Ideologie missbraucht werden darf.
150

151 • **Verbindungen zwischen fundamentalistischen Christ*innen und der extremen Rechten benennen und bekämpfen**

152 In ihrem Kampf gegen unsere demokratische und pluralistische Gesellschaft
153 und gegen liberale Christ*innen bilden fundamentalistische Christ*innen
154 und Akteur*innen der extremen Rechten häufig enge Allianzen. Einige
155 Akteur*innen sind Teil beider Milieus. Wir fordern von den
156 Verantwortlichen in der Kirche, diese Problematik, neben Problemen mit
157 fundamentalistischen Christ*innen an sich, klar zu benennen, sich von den
158 beteiligten Akteur*innen zu distanzieren und sie nach Möglichkeit aus den
159 kirchlichen Strukturen auszuschließen.
160

161 Wir setzen uns nachdrücklich ein für eine Gesellschaft und für eine Kirche frei
162 von Diskriminierung. Wir kämpfen gegen rechte Ideologien und Handlungen. Wir
163 sind antifaschistisch.

164 [\[1\]"Wir widersprechen, weil wir glauben!"](#) - Beschluss der BDKJ-
165 Hauptversammlungen 2016 und 2020

Begründung

Extreme und populistische rechte Positionen und Haltungen haben in den letzten Jahren gesellschaftlich an Einfluss gewonnen. Die Aggressivität und Selbstverständlichkeit, mit der sie geäußert und verbreitet werden, hat stark zugenommen. Immer wieder folgen aus den Einstellungen auch Gewalttaten.

Die Hauptversammlung 2022 hat entschieden, Antifaschismus in ihr Grundsatzprogramm aufzunehmen. Die grundlegende Haltung und daraus folgende Konsequenzen, innerverbandlich und in der Lobbyarbeit, sollen mit diesem Antrag festgeschrieben werden.